

Rechte und Pflichten der Beamten.

„Die republikanische Staatsform bejahen und sich dem Staate innerlich verbunden fühlen.“

Forderungen des Reichsinnenministers.

Im Hauptausfluß des Reichstags sah der Reichsinnenminister des Innern seine Stellungnahme zum Beamtentum in folgenden Forderungen zusammen:

1. Die Erhaltung des Berufsbeamtenums öffentlich-rechtlicher Art ist auch für die Republik staatsnotwendig. Dazu gehören eine materiell, persönlich und dienstlich gesicherte Stellung des Beamten und der Rechtsanspruch auf Pension und Hinterbliebenenversorgung.

2. Der Beamte soll die republikanische Staatsform bejahen und sich dem Staate innerlich verbunden fühlen.

3. Beamte, welche die Republik und ihre Symbole schmähend und verächtlich machen, machen sich unwürdig des Dienstes am Volke.

4. Ohne die Freiheit der Meinungsäußerung zu beschränken, soll der Beamte in der Kritik der Regierungsmassnahmen und der Volksvertretung maßvoll sein, Zart und Würde bewahren.

5. Ein neues Beamtenecht soll den Pflichtenkreis der Beamten nach neuzeitlichen Begriffen regeln und seine Rechte so sichern, daß auch der Schein jeder Willkür vermieden wird und die persönlichen und dienstlichen Verhältnisse des Beamten überall durch klare Rechtsansprüche gesichert sind.

6. Ein Beamteneretzungsrecht soll dem Beamten einen mitbestimmenden Einfluß auf die Gestaltung seiner persönlichen Angelegenheiten sichern.

7. Ein Dienststrafrecht wird dafür sorgen, daß Verschulungen und Uebergrieffe von Beamten in einem strengen

gen aber mit den nötigen Rechtsgarantien für den Beamten ausgesetzten Verfahren geahndet werden.

8. Die gesamte Beamteneinrichtung wird zweckmäßigerweise in ihrer Förmlichkeit mit den Vertretungskörpern der Beamtenschaft selbst durchgeführt.

9. Die Fortbildungsmöglichkeiten der Beamten müssen erweitert und weitestgehend gebahndet werden.

10. Die gesamte Arbeit des Beamten muß sich unter den beiden großen Gesichtspunkten vollziehen: die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei; alle Arbeit ist Dienst am Gemeinwohl.

Von der Entschiedenheit des neuen Innenministers Dr. Kütz dürfen wir erwarten, daß diese ausgezeichneten Richtlinien nicht nur Papier bleiben, sondern überall und, wenn nötig, mit der erforderlichen Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden. So sehr es notwendig ist, die berechtigten materiellen und ideellen Interessen der Beamten noch besser zu sichern, als es bisher der Fall gewesen ist, so sehr muß auch dem allzu lange geduldeten Mißbrauch der dienstlichen Stellung zu parteipolitischen, insbesondere zu antirepublikanischer Agitation ein Ende gemacht werden.

Nach diesen Richtlinien müßten die Mann und Genossen, wenn sie direkte Reichsbeamten wären, ihr Beamtenverhältnis lösen. Wir empfehlen dem preussischen Innenminister zu gleichem Vorgehen!

Entthüllung des Ebert-Gedenksteins in Eberfeld.

Eine Rede von Anton Erkelenz.

Bei der Entthüllung des Ebert-Gedenksteins in Eberfeld hielt der demokratische Führer Erkelenz die nachfolgende Ansprache.

Zu der Behauptung, daß in Deutschland und in Preußen vor dem Kriege die kleine Schicht der Junker tonangebend war, hat Kautskan einmal folgendes gesagt: „Es sei ganz unmöglich, daß die wenigen taubstummsten Junker alle Stellen besetzen könnten, die in einem großen Lande zu besetzen sind.“ Trotzdem herrschte der Junker, denn höherer Beamter könne in Reich und Ländern nur jemand werden, dessen Gefinnungen und geschäftliche Auffassungen sich mit denen des Junkertums decken. Man habe ein sehr kunstvolles Erziehungssystem geschaffen, das die zukünftigen Beamten mit der Enge des Junkerstandes erzügte. Was das nicht genügt, zügte das Institut des Referendariats die Menschen, die noch Selbstbewußtsein und Treue zu ihrer Bürgergenossenschaft hätten, das alles zu vergeffen und sich dem gesellschaftlich-junkertlichen Komplex zu fügen. So werde ein dreiter Graben geschaffen zwischen den Herrschern und den Beherrschten. So gebe ein Bruch durch das Volk. Oben sei Verrücktheit, unten Untertanengefinnung. Es fehle aber der wahre Bürgergeist in allen Klassen.

An diese Gedanken muß man erinnern, heute, wo wir einen Denkstein jenseit dem Manne, der als erster und oberster deutscher Führer diesen Bruch in sich überwinden hat. Er kam von unten, aus ärmlichen Verhältnissen. Ihm war es gottlob nicht möglich, durch die Schulen des alten Staates hindurchzugehen, in denen — bei vielen guten Leistungen im einzelnen — den Menschen das weltliche Denken genommen wurde. Er mußte aus sich selber wachsen. Zeitweise lockerte der ganze Druck einer harten Staatsaufzucht auf ihm. Er war und blieb der Bannerträger der proletarischen Kräfte. Dann kam der Krieg. Er war und blieb ein treuer Sohn seines Volkes. Es kam der Zusammenbruch. Das Volk, die deutsche Demokratie, berief ihn auf die höchste Stelle. Und nun wuchs dieser Mann innerlich und äußerlich hinaus über alles, was er vorher gewesen. Der Vertreter der Arbeiter wurde der erste Bürger. Er wuzelte weiter in seiner eigenen Gefühls-, aber sein Bild weichte sich. Der verhängnisvolle Bruch, der durch die Nation ging, schloß sich. Ebert erlosb sich über diese Begebenisse. Das Wohl des Staates und der Nation trat deutlicher und deutlicher als Zeckstein vor seine Seele. Er wuchs empor zum Führer des Volkes in schwerster Zeit. Die schwersten Entscheidungen, die höchste Verantwortung mußte er tragen. Da nämlich jede Ungehörigkeit, Ebert gelang der Schritt, der keinen der vor ihm lebenden deutschen Staatsmänner gelungen war, nämlich ihm Klaffen und Gefinnungsgegensatz von oben und von unten zu überwinden und zu vereinen in Bürger- und Bürgergenossenschaft.

Wir gehen neuen Gefahren entgegen. Es droht der alte Herrenhütel ebenso wieder einzuziehen, wie der Protektionshütel, den wir in der Kommunistischen Partei lebendig haben. Demokratie ist gleichberechtigte Bürgergenossenschaft für alle Volksgenossen. Was heute auf der rechten Seite gegen die Republik kämpft, hat es bewußt oder unbewußt um die alte Scheidung zwischen Herren und Untertanen wieder herbeizuführen, an der Deutschland im Weltkrieg fast zugrunde ging. Indem wir für Demokratie und Republik kämpfen, arbeiten wir dafür, daß der freie, selbständige und selbstbewußte Bürger in Zukunft Deutschlands Schicksal bestimmt. Da ist uns der tote Ebert genau so der Führer, wie es der lebende war. Drum weisen wir diesen Gedenkstein der deutschen Jugend, damit sie sich stets des Mannes erinnert, der der erste deutsche Mann mit voller Bürgergenossenschaft war.

Ich muß wirken, solange es Tag ist.

Es kommt die Nacht, da niemand wirken kann.

gewissen zum ausländischen, z. B. Hschossomatistischen Militärdienst eingezogen werden, ist unentraglich.

Weiter forderte Koch einen Beamtenaustausch zwischen Reich und Ländern, damit die Reichsbeamten nicht ihr ganzes Leben an der Zentrale zubringen, sondern das gewisse wieder die Bedürfnisse des Landes kennen lernen. Die Verwaltungsreform ist im Sinne des Reichsinnenministers Kütz in Angriff zu nehmen, wie es auch der Antrag Lehrenbach, des Zentrums, auf Einsetzung einer vorbereitenden Kommission will, den wir billigen. Wenn das Hofhaus für die Reichsverwaltung nach meinem Antrag im Jahre 1920 mit Inflationsgeld gebaut wäre, würde das Reich mit freigeordneten Grundstücken das glänzendste Gesicht gemacht haben.

Bei den Beamtenfragen billigte ich die Vorlegung eines Beamteneretzungsgesetzes und eines Beamteneretzungs- und bittete den Minister, auch auf die Frage der Beamtenerholung und Beamteneinbildung besonderes Gewicht zu legen.

Ich billigte ferner auch die Erklärungen des Ministers über die staatspolitische Einstellung der Beamten. Die Republik ist jahrelang so budum gewesen, daß die republikanischen Beamten sich fast überall in einer schwierigen Defensive befinden. Die Duldsamkeit ist von den alten Beamten, die unter der Anduldsamkeit des alten Systems aufgewachsen waren, vielfach mißverstanden und mißbraucht worden. Die Republik muß deshalb heute zeigen, daß von dem Beamten verlangt werden muß, daß er bei seiner Tätigkeit im Amte darauf bedacht ist, das Interesse der Republik zu fördern.

Der Redner wies zum Schluß die Angriffe, die gegen das Reichsamt gerichtet worden sind, mit Entschiedenheit zurück. Das Reichsamt ist in Verteidigung der Republik gegen Rechtsorganisationen entstanden und notwendig.

Kütz' Sieg.

Die Ansprache im Haushaltsausschuß des Reichstages über den Ent des Innenministers hat mit einem vollen Erfolg des Innenministers Dr. Kütz geendet. Die Ausschüßberatung hatte mehr als sonst üblich einen hochpolitischen Charakter dadurch erhalten, daß der für die Wahrung verantwortliche Minister sich mit innerer Wärme zu dem Werk von Weimar bekannt und auch von seinen Beamten verlangt hatte, daß sie eine bejahende Haltung zu dem Staatsrang der deutschen Republik einnehmen. Das ist zwar eine Selbstverständlichkeit, denn kein Staat kann auf die Dauer bestehen und die hohen ihm gestellten politischen und sittlichen Aufgaben erfüllen, wenn die Träger der Staatsgewalt, die Beamten, ihm nicht ablesen oder gar mit offener Feindschaft gegenübersehen. Aber infolge der politischen Entwicklung der letzten Jahre hatte man solche Töne von diesem Plaque seit langem nicht mehr gehört, besonders natürlich nicht in der Zeit des deutschen Interregnums. Deshalb wirkten die Ausführungen des Innenministers auf alle die, die es gut mit dem deutschen Staat und Volke meinen, so erfrischend und befreiend. Die Deutschen sind allerdings waren über die Kühnheit des demokratischen Innenministers erstaunt und antworteten mit einer heftigen Alarde. In diesen Tagen, da der Kampf um die Fürtrennung eine so überaus aufkündende Rolle im Volke spielt, vertritt der Wortführer der Deutschen, den Dr. Dingeldey, sich zu der Behauptung, die Ueberzeugung, daß die Monarchie die einzige für Deutschland geeignete Staatsform sei, wasche im deutschen Volke mehr und mehr. Und er judte dadurch einen Keil in das Reichsamt zu treiben, daß er erklärte, diese Ueberzeugung werde auch von der Mehrzahl der Radikalsmittglieder, insbesondere auch von dem Reichstagsrat Dr. Luppe geteilt. Welt einer glänzenden, durchaus wirkungsvollen Rede parierte Dr. Kütz diese laule Fintze. Mit Recht wies er darauf hin, daß kein Staatsranggesetz einen höheren sittlichen Inhalt besitzt, als die deutsche Reichsverfassung. Er betonte, daß die Verfassung bindende Form ist und in trefflicher Untercheidung betonte er, daß nur diejenigen Währungsansätze berücksichtigt werden dürfen, die einen Ausbau, nicht aber einen Abbau der Verfassung bezwecken. Ueberaus eindrucksvoll war seine Zurückweisung der unmaßgebenden und unvertretbaren Behauptung des deutschen Innenministers, diejenige Beamten, die sich im November 1918 zur Republik bekannt hätten, hätten einen sittlichen Keil in den Sand mit dem Hinweis auf die beiden Männer, die bisher als Reichspräsidenten an der Spitze des deutschen Volkes gestanden und von ganz verschiedenen Standpunkten ausgehend der deutschen Beamtenschaft und dem deutschen Volke ein Bild vollkommener Pflichtenfüllung boten.

Krach im Deutschnationalen Lager.

Der Austritt des Reichsleiters v. Kistner-Boguslawitz aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion war nur ein Symptom für die tiefgreifende Zerfetzung, in der sich die Partei befindet. In verschiedenen Formen wirft sich die Tatsache aus, daß es auf die Dauer auch der fruchtbarsten Demagogie nicht gelingen kann, konfervative Kreise, die etwas zu verlieren haben, zusammen anspannen mit der Gefolgschaft pseudorevolutionärer Agitatoren, die von jedem Umsturz das Heil erwarten.

Unter diesen Umständen bedeutet die neue Führerfrage, die durch den angeklüglichen Rücktritt des Landtagsabgeordneten Winkler entstanden ist, ein Kampfsignal. Die eine Gruppe will unter allen Umständen Opposition machen, die andere nur, um zur Macht zu kommen. Die eine Gruppe will den heutigen Staat zerbrechen, um auf den Trümmern den alten Militär- und Obrigkeitstaat wieder zu errichten, die andere will die Macht erlangen,

um sie zugunsten ihrer Anhänger auszunutzen. Die eine Gruppe appelliert an die „Straße“, die andere rednet mit den wirtschaftlichen Masdfaktoren, deren Unterfützung für die Parteikassee ausschlaggebend ist.

Kennzeichen für den Wirrwarr, der gegenwärtig in der Deutschnationalen Partei herrscht, sind die Zustände in der Frankfurter Ortsgruppe. Hier hatte bisher die gemäßigtere Richtung die Sägel in der Hand. Aber die jüngeren und radikaleren Elemente machten immer wieder gegen die würdigen Serzen vom Vorstand auf, und der Führer jener Elemente, ein etwas temperamentvoller Heinz Schütz, lud zuerst aus dem deutschnationalen Vorstand in Frankfurt und dann aus der Partei heraus. Nun aber griff der Landesvorstand ein, rehabilitierte den Ausgeschlossenen wieder, berief über den Kopf des Frankfurter Vorstandes hinweg Mitglieder- und Hauptversammlungen, schon stand nun unmittelbar vor einer offiziellen Parteispaltung, die nun offenbar dadurch vermieden wird daß man den eben noch herausgerufenen Führer der radikalen Richtung zum zweiten Vorliegenden macht. In den gedruckten Kundheitsreden, mit denen dieser deutschnationale Bruderkrieg geführt wird, sagt man sich gegenseitig die herzerquickendsten Wahrheiten. Der bisherige Vorstand wirft dem fünfjüngeren Vorliegenden „hemmungslos“ Ergeiz vor und zeigt, daß seine ganze Politik „einsig und allein zur Verherrlichung seiner eigenen Person diene“, und daß sein Willkürten „allen Regeln auch des einfachsten bürgerlichen Anstandes wiederstehe“. Dem deutschnationalen Landesvorstand, dessen Vorsitzender der ehemalige Kriegsmilitär General Wild von Hohenborn ist, wirft der Frankfurter Vorstand in einem öffentlichen Interferat „Benutzung veruntreuter Mitgliederlisten“ vor. Die radikale Richtung aber, die nicht nur wegen ihrer Ueber-einkommung mit der Landesleitung und Reichsleitung der Partei die offizielle ist, sondern auch offenbar die große Mehrheit der Frankfurter Deutschnationalen hinter sich hat, nimmt in ihrem Kundheitsreden erst recht kein Blatt vor den Mund. Da heißt es, daß der bisherige Vorstand „sein Verantwortungsgefühl für das ganze Ganze“ habe und daß er die Partei „zu einer Fiktale der Deutschen Volkspartei habe umbilden wollen“.

Mit Recht sagt die „Frankfurter Zeitung“, daß die Frankfurter Vorgänge typisch für die Deutschnationale Partei seien. Man kann eben nicht ungestraft all die Jahre hindurch einzig und allein agitatorische Augenbläs-Politik treiben. Untreu schlägt doch schließlich immer ihren eigenen Herrn!

Das Ende der Heze gegen Luppe.

Die Beschwerde des Staatsanwalts jurädgewiesen.

Luppe wieder im Amt.

Das W. L. B. verurteilt am 2. März.

Das oberste Landesgericht in München hat die Beschwerde des Staatsanwalts in München gegen die Oberbürgermeister Dr. Luppe jurädgewiesen. Oberbürgermeister Dr. Luppe wird noch im Laufe des heutigen Tages die Geschäfte des Oberbürgermeisters wieder übernehmen.

Der völkische Verleumdungsfeldzug gegen den Nürnberg Oberbürgermeister, der einer der hervorragendsten Kommunalbeamten Deutschlands und zugleich ein tatkräftiger Wortkämpfer der demokratischen Republik ist, hat nun endlich seinen Abschluß gefunden. Die völkischen Hezer selbst hat eine — allerdings sehr milde — Gefängnisstrafe getroffen. Ihre gebärgigen Anschuldigungen sind in nichts zerfallen. Hoffentlich wird Luppe und mit ihm das von ihm geleitete Gemeinwesen jetzt endlich die Ruhe zu ungestörter und erfolgreicher Arbeit haben. Außerhalb der engsten völkischen Kreise hat sich Luppe längst in der gelamten Nürnberg Bürgergenossenschaft das hohe Ansehen erworben, das einer Persönlichkeit seines Ranges zukommt.

Wie Fürstenvermögen entstehen.

„Liebevoller Landesvater.“

Nachstehender Beitrag zur „Fürsorge“ deutscher Fürsten gegenüber ihren „Landeskindern“ wird unsere Leser interessieren.

Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig veräußerte 4300 Untertanen in England für 51 Taler Werbegeld je Kopf und 30 Taler Aufschußung für jeden Toten. Drei Verwundete gaben für einen Toten. Dazu erhielt der Herzog noch 64 000 Kronen Jahreszinsfuß.

Landgraf Friedrich II. von Hessen veräußerte 2 000 Untertanen an England gegen 30 Kronen Werbegeld auf den Kopf und 72 600 Taler Jahreszinsfuß.

Landgraf Wilhelm I. von Hanau veräußerte ein Regiment Untertanen an England um 30 Kronen Werbegeld auf den Kopf, 30 Kronen Aufschußung für jeden Toten und 25 000 Kronen Jahreszinsfuß.

Fürst Friedrich von Waldeck veräußerte seine Untertanen an Holland und England für 30 Kronen Werbegeld, 30 Kronen für jeden Toten oder für drei Verwundete und 25 000 Kronen Jahreszinsfuß.

Der Markgraf Christian Friedrich Alexander von Brandenburg-Ansbach veräußerte ebenfalls zwei Regimenter Untertanen an England.

Herzog Karl Eugen von Württemberg veräußerte 3000 „Landesfinder“ an die „Preisung“ hierbei aber, weil England ihm nicht traute und kein Verbot gab!

Herzog Friedrich August von Anhalt-Zerbst schloß einen Vertrag mit England auf Lieferung eines Regimentes Untertanen. Die Lieferung der Ware unterließ, weil sein Transport frei war.

Würden im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg nicht nur deutsche Landesfinder erschossen, dann beschwerten sich einige deutsche Fürsten bei den Generalen, weil der eiderauf der Deutschen gefährdet werde, bezw. weil ihnen ein Kopfgeld für Tote und Verwundete entging. Ein solcher Erlaß des Landgrafen von Hessen-Kassel an den berberbesitzer der hessischen Truppen in Amerika vom Februar 1877 lautet:

„Baron Hohendorff! Ich erhielt zu Rom bei meiner Ankunft Ihren Brief vom 27. Dezember letzten Jahres. Ich bin demnach mit unangenehmem Vergnügen, welchen nur die Truppen bei Trenton entsetzten und Sie können sich eine Freude denken, als ich las, daß von den 1800 Soldaten, welche im Gefecht waren, nur 300 entkamen. Da waren dann noch 1650 gefallen und ich kann nicht genug Ihre Klagen zu empfinden, eine genaue Hilfe an meine Bevollmächtigten in London zu senden. Diese Vorhilfe wird umso mehr nötig sein, daß nur 1455 gefallen sind. Auf diesem Wege soll ich 16050 Gulden verlieren. Nach den Rechnungen des Mars von der Stationman würde ich bloß 489 450 Gulden bekommen, fast 653 500.“

Sie sehen wohl ein, daß ich in meiner Forderung durch ein Rechenfehler getränkt werden soll und Sie werden sich nur die größte Mühe geben, zu beweisen, daß Ihre Bitte ja und seine Bitte unrichtig ist.

Der britische Hof wendet ein, daß 100 verwundet seien, für die nicht den Preis von Toren zu bezahlen brauchten. Ersten Sie daran, daß von 300 Exekutionen, welche dem Mars von Thermopylae erteilten, nicht einer zurückkam. Ich wäre glücklich, wenn ich das von meinen Barren Hoflegen könnte. Sagen Sie dem Major Mindorf, daß ich den Tod nicht unzufrieden mit seinem Benehmen bin, aber kein Wort davon gerichtet habe. Während des ganzen Feldzuges sind ja noch nicht zehn von seinen Leuten allen.“

An England wurden in jener Zeit 296 156 deutschen Landesfinder verkauft gegen Zahlung von 115 Millionen Mark. 11 853 Deutsche wurden davon erschossen. Und in dem Blutgeld für diese Deutschen haben ihre „Landesfinder“ ihr Vermögen vermehrt. Das ist einer der Mittel für fürstliche „Briarvermögen“.

us Parlamenten und Parteien

Silissation für Schlieffen.

Ein demokratischer Antrag.

Die demokratische Fraktion des preussischen Landtages nachstehenden Antrag eingebracht:

Die verhängnisvolle Wetterlage des Winters 1924 bis des Sommers 1925 und des Winters 1925-26 haben Fremdenindustrie in den Grenzgebieten des Glaziers, felsen und Jargebirges in eine ungeheure Notlage gedrückt, die zu einer Katastrophe führen muß. Die Fremdenindustrie ist in den Grenzgemeinden der Hauptverkehrswege. Es muß durch Gewährung von Krediten, Stundung und Niederlegung unbedeutend geholfen werden.

Es handelt sich bei dieser Hilfsaktion nicht allein um Wahrung irgendwelcher Wirtschaftsinteressen, sondern um die Stützung eines der wichtigsten Erwerbszweige in dem kulturell und politisch gefährdeten deutschen Grenzgebiet. Die Tischgen versuchen sich gegen die Grenze vorzuziehen und eine Waunde nach der anderen in Besitz zu nehmen.

Zur Förderung des schiffischen Fremdenverkehrs werden nicht unerhebliche Staatsmittel aufgewendet. Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu erwidern, zur Überwindung des Notstandes in der Fremdenindustrie der genannten Grenzgebiete folgende Maßnahmen durchzuführen:

- Gewährung billiger Kredite,
- Stundung und Niederlegung preussischer Steuern, Einwirkung auf die Reichsregierung, daß Reichsteuern in demselben Umfang, in dem eine Stundung und Niederlegung preussischer Steuern erfolgt, gestundet und niedergelassen werden.

Reichsgerichtliche Regelung der Minderheitenfrage.

Ein demokratischer Antrag.

Die demokratische Fraktion des Reichstages hat nachstehenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu erwidern, dem Reichstag möglicher Weise Beschlüsse ein Gesetz (Nahmensgesetz)

vorzulegen, wodurch den nationalen Minderheiten des deutschen Reiches ein selbständiges Kulturleben gewährleistet wird.

Die Demokratische Reichstagsfraktion zur Fürstenabfindung. Der demokratische Zeitungsdienst teilt mit:

Die Demokratische Reichstagsfraktion nahm in ihrer Fraktionsversammlung am Montag einen Bericht des Reichstagsabgeordneten von Nishofen über die Frage der Fürstenabfindung entgegen. Dessen Bericht zufolge sind zwar einige Befürworter des ursprünglichen Kompromißentwurfs erzielt worden, die aber den Forderungen noch nicht gerecht werden, die die Deutsche Demokratische Partei er-

Jungdemokraten!

Tagung des Landes-Verbandes Mitteldeutschland D. D. S. am 13. und 14. März, 1926 in Magdeburg.

Tagungsort: Gartenpalast von „Karl's Bierhallen“, Breiter Weg 75/76.

Connabend, den 13. März, abends 8 Uhr:

Bunter Abend

mit Vortragung und Rede des Abgeordneten Prof. Dr. Bergsträsser.

„Völkerverbände“

— Darbietungen von den Gruppen des Verbandes —

Sonntag, den 14. März, vorm. 10 Uhr:

Befichtigung der berühmten „Gruson'schen Gewächshäuser“ und Führung durch die Stadt

nachm. 2 1/2 Uhr: Geschäftliche Tagung.

nachm. 4 Uhr: Öffentliche Versammlung: „Jugendforderungen zur Tagespolitik“ Hans-Verlag Gehlberg-Berlin.

„Staat und Vaterland“ Waldemar Krause-Greif.

Anschließend: Gemütliches Beisammensein.

heben muß. Wenn nicht aus den im Gange befindlichen Verhandlungen wesentliche Verbesserungen hervorgehen, wird sich die Fraktion in einer ihrer nächsten Sitzungen darüber schlüssig werden, ob sie ihren Anhängern eine Beteiligung am Volksbegehren empfehlen soll.

Was Europas Fürsten kosteten.

Vor dem Weltkriege.

Jar von Rußland	34 200 000
Kaiser von Oesterreich	19 226 000
2 Könige und Zaunkönige in Deutschland	50 948 720
König von England	9 500 000
Apanagen	2 100 000
König von Italien mit Apanagen	12 800 000
König von Spanien mit Apanagen	7 100 000
König von Dänemark mit Apanagen	1 200 000
König von Norwegen mit Apanagen	986 000
König von Schweden 1,5 und 358 400	1 858 400
König von Belgien	4 300 000
Königin der Niederlande	1 500 000
König von Portugal (bis 1910 Königreich)	1 800 000
König von Serbien	960 000
König von Montenegro	200 000
König von Rumänien	2 000 000
König von Bulgarien	1 600 000
Großherzogin von Luxemburg	160 000

Europa: 152 239 120

Außer Europa einige Hauptzahlen:

Kaiser von Japan	9 540 000
König von Siam	14 000 000

Die Monarchen von Abyssinien, Afghanistan, Arabien, Marokko werden auch schätzungsweise bezogen

Insgesamt jährlich Goldmark 181 779 120

Ferner genießen die Könige überall allerlei Gerechtigkeiten, wie z. B. in Deutschland Steuer- und Portofreiheit, die auch Millionenwerte repräsentieren, so daß man mit Ausübung von allerlei Staatsmaßnahmen indischer und malayischer Schattenkönige des englischen und holländischen Kolonialreiches die Jahresausgabe der Erde für ihre Könige vor dem Kriege auf mindestens 200 Millionen Goldmark beziffern kann.

(Entnommen im wesentlichen dem Verfassungswörterbuch „Diplomatischen Jahrbuch“ und „The Statemans Year Book“.)

Bölkisches Allerlei.

Der Frontbahnhüter von Grevesmühlen.

Die Bölkischen haben mit ihren Kron- und Hauptzeugen gegenüber den Republikanern in der Regel entschieden Recht. In dem Reichsbannerprojekt in Grevesmühlen, dessen Berufungsverhandlung zur Zeit in Schwerin stattfindet, spielte ein gewisser Klebe eine Hauptrolle. In der ersten Instanz hat der Staatsanwalt diesen Zeugen als harnischen Mann bezeichnet, der auf ihn den besten Eindruck machte. Klebe war zur Zeit der kritischen Vorgänge Bezirksleiter des bölkischen „Frontbahnen“ in der Grevesmühlener Gegend. Er dem Gericht treuherzig

versicherte, hat er es als nationaler Mann für seine Pflicht betrachtet, in Reichsbannerkreisen zu spielen. Auf Antrag der Verteidigung wurde nunmehr das Strafregister dieses flüchtigen Zeugen vorgelesen. Er ist wegen Betruges, Unterschlagung, Urkundenfälschung, Diebstahls u. a. insgesamt neunmal verurteilt, darunter auch mit neun Monaten Gefängnis wegen Betrags militärischer Geheimnisse. Zur gegenwärtigen Verhandlung wurde er aus dem Gefängnis vorgeführt. — Die Bölkischen können auf diesen Hauptzeugen wirklich stolz sein!

Deutsche Volkspartei und Schulgesetzentwurf.

Bei der Beratung des Reichsministeriums des Innern im Haushaltsausschuß des Reichstages hat der völkische Reichstagsabgeordnete von Kardorff ausdrücklich erklärt, daß sich die Verhältnisse seit dem Jölkischen Schulgesetzentwurf, den seine Partei bekämpft habe, geändert hätten. Damals habe man in einem christlichen Staat gelebt. Heute sei es erforderlich, den Kirchen einen stärkeren Einfluß auf die Schule einzuräumen als damals.

Reichsregierung und Regierungsparteien. Angesichts der Presseförmungen der letzten Tage und besonders im Hinblick auf gewisse Angriffe des Zentrums gegen den Finanzminister Dr. Reinhold verdient hervorgehoben zu werden, daß der völkische Reichstagsabgeordnete Dr. Fischer-König in seiner großen wirtschaftspolitischen Rede im Haushaltsausschuß des Reichstages betonte, daß von demokratischer Seite auf die Vertiefung der Frage, ob das gegenwärtige Regierungsprogramm ein neues sei, das den demokratischen Vorschlägen im Vorjahre entspreche, oder ob es sich um eine Fortsetzung der bisherigen Regierungspolitik handele, kein Wert gelegt würde. Für die Deutsche Demokratische Partei handelt es sich nur um die Sache. In einer Notgemeinschaft müsse Parteiprestige zurücktreten. Dr. Fischer gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Grundgedanke auch von denen, die in der Notgemeinschaft überhaupt mitarbeiten wollen, geteilt wird.

Diese Ausführungen sind höfentlich auch richtig verstanden worden. Von demokratischer Seite hat bereits mehrmals betont werden müssen, daß gerade in einer Minderheitsregierung Koalitionsdisziplin vornehmlich politisch drängen zur Erledigung, deshalb ist diese Mahnung gerade jetzt am Platze. Wie verlautet plant auch der Reichstagsminister der Regierungsparteien eine Besprechung abzuhalten. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß bei dieser Besprechung auch die Notwendigkeit der geschlossenen parlamentarischen Zusammenarbeit besonders behandelt werden wird.

Ausländische Arbeiter in Pommern.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete für Pommern Ernst Gammeler hat mit Unterstützung der demokratischen Reichstagsfraktion zur Arbeitsmarktlage in den östlichen Agrarprovinzen im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„Die Arbeitslosigkeit in den östlichen Agrarprovinzen ist katastrophal gestiegen. In der Provinz Pommern waren am 15. Januar nur 45 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenliste registriert, inzwischen ist die Arbeitslosigkeit noch weiter gestiegen, so daß in Pommern insgesamt Anfang Februar mehr als 70 000 Arbeitslose vorhanden sein dürften. Eine Erleichterung der Arbeitsmarktlage in Pommern und in den übrigen östlichen Agrarprovinzen ist zu erstreben, sie könnte mit dem Beginn der Frühjahrsbewältigung in der Landwirtschaft erzielt werden.“

Der landwirtschaftliche Großgrundbesitz sieht sich aber nichtsbefestigt an, wie im Vorjahre, trotz des großen Arbeitslosenstands deutscher Menschen zahlreiche polnische Saisonarbeiter in die deutsche Dömark hereinzuholen. Nach der amtlichen Statistik waren im vergangenen Jahre rund 130 000 Polen für die Arbeiten in der Landwirtschaft herbeigeholt worden, davon allein in der Provinz Pommern mehr als 10 000 polnische Frauen und Männer. Die Sicherheit der Bevölkerung ist in weiten Bezirken Pommerns durch diese polnische Einwanderung gefährdet, so daß sich die Behörden zu öffentlichen Aushebungen an den landwirtschaftlichen Großgrundbesitz wegen Einstellung der Zufuhr polnischer Arbeitskräfte werden müssen.“

Was bekennt die Reichsregierung zu tun, um in der Zukunft den nationalen Arbeitsmarkt in den national gefährdeten Grenzprovinzen des deutschen Ostens vor dem Zustrom ausländischer Arbeiter zu sichern und zahlreichen deutschen Menschen dadurch Arbeit und Brot zu geben?“

Gegen Schuld und Schmutz. Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde die Beratung über das Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften fortgesetzt. Die Lausprache drehte sich um § 3 des Gesetzesentwurfes, in dem die Rede von der Zusammenlegung der Prüffellen der Länder ist. Der demokratische Abgeordnete Königbrügge brachte dabei zum Ausdruck, daß es ihm unbedingt geboten erschiene, daß in diesen Landbesprechtlichen Vertreter der Lehrervereinigungen nicht nur Sachverständige auf dem Gebiete der Volksbildung und der Röntlichkeit im besonderen des Schrifttums und der bildenden Künste sowie der Jugendorganisationen vertreten sein müssen. Wenn dadurch die Zahl der Sachverständigen-Mitglieder von vier auf sechs erhöht werden würde, so habe er dagegen gar keine Bedenken. Der gleiche Standpunkt wurde auch von dem sozialdemokratischen Mitglied angenommen, auch die Vertreter der Volkspartei erklärten sich grundsätzlich damit einverstanden.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Witzig, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.

◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

Konsum = Verein für Magdeburg und Umgegend

Anzüge blau, kleine Größen Mk. 17.—
 Anzüge blau, alle Größ. Mk. 22.00 bis 39.00
 Anzüge farbig von Mk. 18.00
 Anzüge farb., gute Qual. Mk. 22.00 bis 44.00

Konfirmanden-Woche!

Kleiderstoffe
 Popeline alle Farben
 Serge in schönen Farben
 Satintuche

Gabardine prima Qualität Meter Mk. 7.00

Schuhwaren

Lackschuhe für Damen u. Mädchen
 Stiefel in schwarz und braun
 Spongeschuhe schwarz u. braun
 Burschen-Stiefel
 Schnürschuhe Vorkalf u. Chevreau
 Burschen-Halbschuhe

Kennen Sie schon den **Garanti-Strumpf** **Mah-Jong**?

Alleinverkauf für Magdeburg

Noch heute sollten Sie einen Probekauf machen. Paar 300

BARASCH.

Walter Finke
 Anfertigung feiner Damen- und Herren-Moden
Magdeburg
 Papen-Strasse Nr. 21

Solide Preise. Bequeme Ratenzahlung.

KAVAUMA

KRANKENKASSE DES KAUFMÄNNISCHEN VEREINS / GEGR. 1899

DIE BESTE VERSICHERUNG GEGEN KRANKHEIT

Fernruf 7100
In Trauerfällen
Carl Ebeling
 Hauptwache 8/9 am Alten Markt
 Schrotestr. 26, Wilhelmstadt

Särge Eigene Fabrikate Solide Preise
Ueberführungen m. eig. Leihautos
 Leichenwäscherin Jeder Zeit.

Salzquelle

Jeden Sonntag:
Konzert
 Anschließend
Tanzkränzchen.

Gesellschaftshaus
„Freundschaft“
 Prälatenstr. 32.
 Fernruf 1122

Jeden Sonntag
Gesellschaftsball
 Erstkl. Musik Anfang 4 Uhr

Neue Kurse beginnen am 7. April u. 9. Mai 1926

BRUCKS

Kaufm. u. landw. Buchführung, Handelsbriefwech., Rechnen, Stenographie, Debattenschr., Maschinenschreib., Schönschr., Dtsch., Engl., Französisch u. Spanisch.
 Kaufm. Privatschule von Alfred Bruck, Magdeburg, Köhlerstr. 1, Fernruf 122.
 Jedes Unterrichts- u. Schönschreibkurs beginnt täglich

Esperanto-Kurse

Denken Sie daran Ihre **Familien-Anzeigen** auch in unserer Zeitschrift aufzugeben.

Wird **deine Schuhe** dir e
 gut schenken nur 1

Belobl. Anstalt
 „Eisig“
 Eing. Schwastr.
 gegenüber der Dreieckelstr.

Welle: Herrenschuh 2.00 Damenstiefel 0.00 Damenstiefel 1.75 Damenstiefel 0.75
 Spezialarbeiten für Rahmenarbeit u. Uge (Niederfahren für Straßen u. Weichschneidung, Dampfdruckstiefel)

Welle Sebiann!

Altstädter Bürgersäle
 Apfelstr. 9. Fernspr. 6774.
 Inhaber Ferd. Preuße

Säle
Vereinszimmer
Speiserestaurant

Homburgische Blochemische Krankenbehandlung

Maassen, Magdeburg,
 Prälatenstr. 14 II, Ecke Himmelreichstr.
 Sprechst. 9-4 Uhr; Sonntags 9-11 Uhr
 Donnerstags keine. Harnuntersuchung

Meyer Michaelis
 Geogr. 1864 Magdeburg Geogr. 1894
 Or. Marktstr. 16 - Fernruf 1424

Günstigste Bezugsquelle
 für Sohle, Oberleder u. sämtliche Schuhmacher-Bezugsartikel

Demokraten! Republikaner!

Auf den Bahnhöfen, in den Gasthöfen und Kaffees sowie bei den Zeitungverkäufern verlangt die

Mitteldeutsche Rundschau

Macht Freunde und Bekannte auf die Mitteldeutsche Rundschau aufmerksam, werbet Väter; verlangt kostenlos Probehefte durch den Verlag Magdeburg, Breiter Weg 139/140.

Die Werke Gustav Freytags
 seit 1. Januar freigegeben!

Wir können darum folgendes beipiellofes Angebot machen:

Die **verlorene Handschrift**, 704 Seiten
Soll und Haben, Roman, 784 Seiten
Das Nest der Faunkönige (Die Ahnen), 288 Seiten
Ingo und Ingranab (Die Aehnli), 320 S.

4 Bände nur Mk. 7.90
 Jeder Band ungetrigt auch einzeln nur Mk. 1.90

„**Buchhandlung Volksstimme**“
 Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3

Salonien, Kolläden, Fußbodenholzmaten

Reparaturen, Reparaturmaterial.

Saloniefabrik Schmidt,
 gegründet 1871,
 Magdeburg, Heiligegeiststr. 24, Tel. 922.

Hotel und Restaurant „Weisser Bär“
 Bekannt gute Küche.
Pilsener Urquell
Münchener Spatenbräu
 Ad. Thieragel.

E. Martmann, Magdeburg
 Viktoriastraße 9 (kein Laden) am Hauptbahnhof
 Fernruf 5539

Krankenpflegeartikel
 Chirurgische Instrumente, Verbanden, Leibbinden, Verbandstoffe, Sammiwaren
 Reines Fachgeschäft.

Photographie!

Großer Preisabbau in Photographien, Postkartenaufnahmen und Pabbildern.

Die Preise sind so niedrig gestellt, daß selbst der weniger Bemittelte sich ein bestens ausgeführtes Bild leisten kann.

Hugo Paulsen, Alte Ulrichstr. 18

Siebert & Würbach :: Magdeburg
 Inhaber: Richard Siebert

Große Mühlstraße 16. Fernsprecher 72
 Kolonialwaren - Konerven - Delikatess
 Wein und Spirituosen.
 Spezialitäten: Rheinisches Apfelkraut - Weissig
 Frankfurter Apfelwein von Adam Radles.
 Lieferung frei Haus.



Staatsgrundgesetz — Reichshaushaltsordnung.

Von Dr. Hermann Fischer, Köln, Mitglied des Reichstages.

Seit der Jahreswende 1924—25 hat die Deutsche Demokratische Partei darum gekämpft, daß durch eine allgemeine Finanzreform eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Volkswirtschaft und Steuern herbeigeführt werde. Wir waren uns dabei immer darüber klar, daß eine solche Reformarbeit außerordentliches Maßnahme in sich schließen müsse, da alle zu lange Aufrechterhaltung der Notbesteuerung ein unerträgliches Mißverhältnis zwischen der allgemeinen Wirtschaftslage und der öffentlichen Finanzwirtschaft geschaffen hätte. Aus solchen Überlegungen heraus stellten wir in den Mittelpunkt unserer positiven Änderungs-vorschläge, mit denen wir eine Erweiterung der Steuerreform des Jahres 1925 zu einer allgemeinen Finanzreform erstrebten, die Forderung nach einem Staatsgrundgesetz, durch das auf einige Jahre hinaus das steuerliche Gesamterfordernis des Reiches, der Länder und Gemeinden in einen, durch eine absolute Zahl bestimmten, festen Rahmen eingegrenzt werden sollte. Wir hatten angefangen der mühseligen Kleinarbeit der Sparauschüsse erfahren, daß Entscheidendes teils des Parlaments nicht zu erreichen war, wenn dieses sich der Aufgabe unterziehen wollte, mehr oder weniger jede einzelne Beamtenschaft in den einzelnen Verwaltungsbehörden auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Hier mußte durch eine großzügige Aktion der Versuch gemacht werden, die öffentlichen Anforderungen an die Wirtschaft auf ein dauernd tragbares Maß zurückzuführen und damit auch gleichzeitig die Grundlagen für eine stetige gesunde öffentliche Finanzgebarung zu sichern.

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat in seiner Rede vom 10. Februar dieses Jahres sich grundsätzlich zu dem Gedanken eines Staatsgrundgesetzes bekannt.

Überblickt man heute die gesamte parlamentarische Situation und berücksichtigt man gleichzeitig die undebingte Notwendigkeit schnellsten Handelns in Richtung auf eine wesentliche Befristung der Bewilligungsfreiheit der Parlamente auf den Ausgabenseiten der einzelnen Haushalte, so wird man sich darüber klar sein müssen, daß unter solcher Aufrechterhaltung der in dem Staatsgrundgesetz festgelegten Prinzipien die gesetzgeberische Tätigkeit nicht weitergehen können, ohne daß man — wie es beim Staatsgrundgesetz der Fall wäre — im Reichstag eine qualifizierte Mehrheit benötigt und gleichzeitig auch noch einen über nicht leichten Kampf seitens der gelegenden Körperschaften des Reiches gegen die Länder und Gemeinden aufnimmt.

Es handelt sich darum, die gesetzgeberischen Sicherungen dafür zu schaffen, daß erstmals der Reichstag sich in seiner Entscheidung in die Haushaltsvorschlüsse der jeweils verantwortlichen Reichsregierung einwirft und seinerseits die unheilvolle Praxis aufgibt, die Regierung fortwährend vor Entschuldigungen zu stellen, die wesentliche Erhöhungen der Ausgabenseite des Etats nach sich ziehen. Kann reichsrechtlich hier ein vernünftiger Weg gefunden werden, so darf man wohl hoffen, daß man sich in den Ländern und Gemeinden dann zu gleichen Entscheidungen für die dortigen Haushaltsfragen durchringen wird.

Wir haben in der Reichsverfassung in Artikel 85 theoretisch ein Einprägungsrecht des Reichsrates gegenüber Reichsbewilligungen des Reichstages. Von diesem Einprägungsrecht hat der Reichsrat des öfteren Gebrauch gemacht. Entscheidende Auswirkungen für eine Aufrechterhaltung stetiger gesunder Staatspolitik hat aber bisher diese verfassungsrechtliche Bestimmung noch nicht gehabt. Es sei an dieser Stelle nicht unterzogen, worauf dies in erster Linie zurückzuführen ist. Die Tatsachen sprechen an sich eine nur allzu deutliche Sprache dafür, daß budgetrechtlich bei uns in Deutschland die Verhältnisse so liegen, daß keinerlei ausreichende Sicherung gegen ein fortgesetztes Ueberfluten der an sich von der Regierung vorgehenden Etatsgrenzen durch Reichstagsbeschlüsse vorhanden ist.

Neben diesem Befremtnis zu dem Grundgedanken des Staatsgrundgesetzes hat Herr Reichsfinanzminister Dr. Reinhold in seiner oben erwähnten Rede sich auch dafür ausgesprochen, in die deutsche Haushaltsordnung Prinzipien zu übernehmen, die wir im kontinentalen Budget im allgemeinen nicht antreffen, sondern die ein besonderes Ergebnis der jahrhundertelangen Tradition des englischen Parlamentarismus sind. Das englische Budgetrecht sieht bekanntlich vor, daß Erhöhungsbeschlüsse auf der Ausgabenseite des Haushalts nur im Einverständnis mit der Regierung gefaßt werden dürfen, solche Beschlüsse also, sofern sie nicht die Bewilligung der Regierung finden, keinerlei Rechtswirksamkeit haben. Man wird zugeben müssen, daß die Bindung der Bewilligungspraxis der Regierungenparteien — und das hat ja das Entscheidende, was durch die englische Budgetordnung festgelegt ist — an das Finanzprogramm der verantwortlichen Regierung aus dem besonderen englischen Zwei-Parteiensystem erwachsen ist. Wir sind in Deutschland mit unserer parteipolitischen Zerstückelung von den Voraussetzungen gelinder stetiger parlamentarischer Arbeit noch recht fern. Aber könnte es nicht wenigstens möglich werden, daß auf dem parlamentarischen Gebiet jeweils die in einer Regierungherrschaft zusammengeschlossenen Parteien auf ihr eigenes engeres Parteiprogramm verzichten und sich voll

und ganz in den Dienst des Koalitionsprogramms stellen?

Will man für das möglichst baldige Einsetzen einer derartigen Praxis in die parlamentarische Haushalts-erziehung die gesetzgeberischen Voraussetzungen schaffen, so scheint uns am einfachsten der Weg durch eine Abänderung unserer Haushaltsordnung in Anlehnung an das englische Budget gegeben. So wie in England, könnte auch bei uns eine Einteilung des Gesamterats in zwei Hauptgruppen erfolgen: stabiler und beweglicher Etat. Das erstere Etatsgesetz hätte feste, unbedingt zu tätige Ausgaben in ihrer Totalität zu umfassen und könnte außerdem für eine ordentliche Finanzführung der Verwaltungsgeschäfte im allgemeinen erstmals eine Haushaltbewilligung von 60 Prozent der Ausgaben des Gesamterats des jeweiligen Vorjahres umfassen. An Einnahmen wären demgegenüber an sich unbestrittene steuerliche Mindestleistungen einzustellen, wobei man das direkte Steuersystem für die Einkommen- und Körperschaftsteuer, für die Vermögens- und Erbschaftsteuer usw. tariflich so umzugestalten hätte, daß auch hier nur unbestrittene progressive Minimaltarife für die Einnahmenschätzung zur Grundlage genommen werden. Die Verabsichtigung des stabilen Etats ist die Vertrauens- und Grundbedingung des Parlaments zur jeweiligen Regierung. Wenn es sich nun darum handelt, in den Einzelbestimmungen der verschiedenen Haushaltspositionen sich über die weiteren Forderungen der Regierung und den etwaigen Wünschen der einzelnen Parteien im Rahmen des beweglichen Etats im Parlament auseinanderzusetzen, so wird man hier bis auf die aus dem stabilen Tarif übriggebliebenen Spitzenbeträge der einzelnen dort eingetragenen Einnahmegruppen bei der Ausgabenbewilligung sich jeweils zu überlegen haben, welche Zuschläge auf die erwähnten Minimaltarife erforderlich sind, um die fraglichen Ausgaben decken zu können.

Es würde hier in allgemeinerer Form rechtlich festgelegt werden, daß das Parlament sich hinsichtlich der Ausgabenminderungen der Regierung bindet; wohl aber würde ein Zwang geschaffen nach der Richtung hin, in jedem Jahr erneut die Spitzenbeträge der Ausgabenseiten des Etats auf ihre unbedingte Notwendigkeit zu überprüfen, da das Parlament in jedem Jahre die Aufgabe hat, die entsprechenden Zuschlagsbeschlüsse zu den steuerlichen Minimaltarifen zu fassen. Die Notwendigkeit, hier jedes Mal gründlich zu prüfen, ob der tatsächliche oder sozialwirtschaftliche Nutzen dieser Ausgabenbeschlüsse in einem vernünftigen Verhältnis zu den volks- und betriebswirtschaftlichen Leistungen steht, die man zur Deckung der öffentlichen Ausgaben fordern muß, wird zweifellos dazu führen, daß weit gründlicher und damit auch weit zweckmäßiger als bisher von den gelegenden Körperschaften das Verhältnis zwischen Volkswirtschaft und Steuern überprüft wird.

Für normale Jahre wird sich sehr bald auch bei einem derartigen Budgetsystem eine feste Praxis hinsichtlich der etwa in Betracht kommenden Gesamtausgaben der beiden Etatsgruppen und der hierfür notwendigen Steuerzuschläge des Reiches herausbilden, wie dies die Erfahrungen in England zeigen. Von entscheidendem Wert scheint uns aber die Durchführung oder zum mindesten einmalige tatsächliche Prüfung eines solchen Vorschlags für die Übergangsjahre, in denen wir sich sehr leben und in denen wir die Aufgabe haben, durch ein vorläufiges Maßhalten die Anforderungen der öffentlichen Haushalte mit der tatsächlichen Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft in Übereinstimmung zu bringen.

Daß es sich bei der Durchführung des Gedankens eines Staatsgrundgesetzes bzw. einer Neugestaltung der deutschen Haushaltsordnung nur um einen Teilausschnitt des Gesamtprogramms einer allgemeinen Finanzreform handelt, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Sinn und Wert würden solche gesetzgeberischen Maßnahmen für Staat und Wirtschaft erst dann erhalten, wenn sie in Zusammenwirkung mit einer einheitlichen Verwaltungsreform in Reich, Ländern und Gemeinden und mit der Durchführung eines nach vernünftigen Grundsätzen aufgearbeiteten Steuerhäufungsengesetzes (Hebung einer Höchstgrenze der Steuerpflicht des Einzelnen für die direkten Steuern und Ertragssteuern, gemessen an dem Verhältnis seines Nettoeinkommens und seines Vermögensbedürfnisses) getroffen werden.

Demokratische Anträge zur Wingerol. Die demokratische Reichstagsfraktion (Dietrich, Baden, Heuß, Kisch, Koch-Weser und Gonsler) hat folgende Interpellation im Reichstage eingebracht: Die Lage der Winger ist nicht nur beklagenswert, sondern verzweifelt. Mit den bisherigen Maßnahmen, die Mißstände mit Notstandsbeschlüssen zu beseitigen, wird man der schmerzlichen und dringenden Aufgabe, einen Weg zur endgültigen Lösung zu finden, nicht gerecht. Wir fragen daher: Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu ergreifen, um dem Weinbau durch steuerliche Maßnahmen oder sonstige Mitteln das Weiterbestehen zu ermöglichen?

Zweitens: Ist die Regierung insbesondere bereit, in Zusammenarbeit mit den Ländern, da wo eine Umstellung

des Weinbaues auf rentablere und ausichtsreichere landwirtschaftliche Kulturen möglich ist — wie dies in den badischen Bezirken Achern und Bühl bereits geschehen ist — eine solche Umstellung dadurch zum Vollzug zu bringen, daß sie an Hand eines bestimmten Programms den sich umstellenden Weinbauern auf längere Jahre Zuschüsse zur Umstellung gibt?

Die demokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat nachstehenden Antrag eingebracht: In den Weinbaugebieten herrscht in den Kreisen der Winger eine bis zur Unträglichkeit gesteigerte Notlage, die in der Hauptsache durch den Abgang des vergangenen Jahres hervorgerufen wurde. Wir beantragen: Der Landtag wolle beschließen, daß die Staatsregierung alle Maßnahmen unternehme, die eine Steigerung des Absatzes herbeiführen geeignet sind. Insbesondere die bereitgestellten Kredite unverzüglich zur Verteilung zu bringen, den Anträgen auf Stundung der Steuern weitgehend entgegenzukommen und bei der Reichsregierung auf Aufhebung der Weinsteuer hinzuwirken.

Die toterbedete Siedlung.

Es ist schon so: je mehr über Siedlung geredet wird, um so weniger wird geschieht. Jeder hat die Siedlung als ein großes, wirtschaftliches, soziales und nationales Programm gefeiert. Man vergleiche mit den großen Worten die Tatsachen. Einem Aufschrei des Abgeordneten Körnering in der „Völkischen Zeitung“ entnehmen wir die Siedlungslisten des Preussischen Staates von 1919 bis 1924.

Anlieger-Siedlungen in Preußen.

Jahr	Art	Anzahl	Fläche
1919	auf Kulturland	12.606	107.405,85 ha
1920	auf Moor	95	111,75 „
	auf Kulturland	18.964	202.483 „
1921	auf Moor und Heide	283	293 „
	auf Kulturland	23.197	224.981 „
1922	auf Moor und Heide	75	122,67 „
	auf Kulturland	19.544	206.241 „
1923	Unternehmungen für Moor- und Kulturland	18.343	23.607 „
1924	find nicht mehr gemacht	11.479	14.998 „
		104.846	100.101,62 ha

Veräußerungen in Preußen.

Jahr	Art	Anzahl	Fläche
1919	auf Moorland	71	871 „ ha
	auf Kulturland	751	8.930,01 „
1920	auf Moor und Heide	102	949,25 „
	auf Kulturland	1.641	13.960,24 „
1921	auf Moorland	163	1.430,13 „
	auf Kulturland	2.011	17.989,63 „
1922	auf Moor und Heide	243	2.141,64 „
	auf Kulturland	2.412	17.797,14 „
1923	Unternehmungen für Moor- und Kulturland	2.700	31.323 „
1924	find nicht mehr gemacht	2.800	2.687 „
		13.103	118.079,04 ha

Diese Zahlen sind auf Grund der Kaufverträge festgestellt worden. Es ist zu berücksichtigen, daß sie sich jeweils etwas nach unten verhalten, da vielleicht manche Siedlungen nicht durchgeführt worden sind.

Das ist das Ergebnis von sechs Jahren nach einer Revolution. Rund 13.000 neue Bauernhöfen sind eingerichtet. Man möchte man wohl feststellen, wieviel Bauernwirtschaften eingegangen sind. Da vermag aber die deutsche Statistik. Es ist noch sehr die Frage, ob mehr neue Bauernhöfen geschaffen als alte eingegangen sind. Es ist also wieder so wie ehemals im Kaiserreich, daß einige hunderttausend Bauernhöfe und Bauernkötter jährlich in die Stadt wandern müssen, weil sie auf dem Lande keine Arbeit finden.

Soziales

Wichtig für Arbeitgeber. Arbeitgeber, die dem Beschäftigten Beitragsteile für die Kranken-, Unfalls- und Angefalltenversicherung vom Verdienst kürzen, müssen unter allen Umständen diese Beitragsteile auch für Zwecke der Versicherung verwenden. Bei schlechtestem Geschäftsgange kann für den Arbeitgeber leicht die Notwendigkeit entstehen, diese Beträge anderweit auszugeben und die Beitragsentrichtung hinauszuschieben. Eine solche Handlung kann zu einem Strafverfahren führen. Die Versicherungs-gesetze bestimmen: Arbeitgeber werden mit Gefängnis bestraft, wenn sie vorzüglich Beitragsteile, die für den Beschäftigten vom Lohn abgezogen oder von ihnen erhalten haben, nicht für die Versicherung verwenden. Daneben kann auf Geldstrafe von mindestens drei und höchstens sechshundert Mark und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Bei milderen Umständen kann ausschließlich auf Geldstrafe erkannt werden.

Auf Grund dieser Vorschrift ist wiederholt gegen Arbeitgeber gerichtliche Vorgegangen. In einem Falle ist, wie das „Samburger Fremdenblatt“ vom 18. Februar meldet, ein Arbeitgeber wegen Umverteilung der Beitragsentrichtung, trotzdem dem Beschäftigten Beitragsteile vom Verdienst abgezogen waren, zu 300 A. Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängnis, in einem anderen Falle zu 10 Tagen Gefängnis rechtskräftig verurteilt worden. — Den Arbeitgebern ist hiernach dringend zu raten, abgezogene Bei-

tragsteile den gesetzlichen Vorschriften gemäß für Zwecke der Verhinderung zu verwenden.

Sonderprüfung für Sekretäre. Der Haushaltsausschuß nahm auf Antrag der Abgeordneten Morath und Genossen (D.M.) eine Ergänzung des Haushaltsgesetzes vor, wonach jeweils festgelegt werden soll, daß die infolge Weeresdienstes erst nach dem 31. 3. 20 planmäßig angestellten Sekretäre (Mitteln a. D.) zur Sonderprüfung für die Besoldungsgruppe VII zugelassen sind. Ein Verbandsantrag des Abg. Schuldt-Steglich (Dem.) anstelle „Heeresdienst“ das Wort „Kriegsbeschädigte“ zu setzen, wurde abgelehnt. Die Regierung protestierte gegen die Annahme und erklärte die Regelung durch eine Gesetzesmaßnahme für unmöglich.

Niederlegung von Darlehen an Ausgewiesene. Der vom Reichstag angenommenen Entschlieung des Abg. Schuldt-Steglich (Dem.), wonach die den Ausgewiesenen gewährten Darlehen niedergelegt werden sollen, ist von der Reichsbahngeellschaft nicht entsprechend worden. Abg. Schuldt hat deshalb den Reichsverkehrsminister ersucht, auf die Reichsbahngeellschaft einzuwirken, daß sie der Entschlieung entspreche.

Verlängerung des Besoldungspergelgesetzes. Das Besoldungspergelgesetz, um dessen Aufhebung bekanntlich im Vorjahre ein heftiger Kampf entbrannte, soll planmäßig am 31. März d. J. ablaufen. Die Reichsregierung hat wider Erwarten dem Reichstag den Gesetzentwurf auf abermalige Verlängerung des Besoldungspergelgesetzes um ein Jahr vorgelegt. Die demokratische Reichstagsfraktion wird, wie schon im Vorjahre, auch jetzt der Verlängerung auf das Entscheidungsfeld widersprechen. Die Pflicht der Verlängerung des Besoldungspergelgesetzes zeigt, daß der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold von der Geheimbürokratie seines Reichsrats nicht beraten worden ist; denn das Gesetz hat keine Aussicht, im Reichstag die Mehrheit zu bekommen.

Parlamentsnachrichten

Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Geschäftsführer-Anschluß.) Sitzung Montag den 8. März, abends 8 Uhr in der Geschäftsstelle.

D. D. P. (Stammklub.) Dienstag den 9. März abends 8 Uhr: Hotel „Weißer Bär“, Weinwirtschaft 6. Mitglieder und Freunde herzlich willkommen.

Parteilisten

Beacht! bitte den Versammlungskalender der Tageszeitungen.

Mittelsüd. Mittwoch den 10. März abends 8 Uhr im „Tauchengien“ (Tauchengienstr. 6) Versammlung. Vortrag Landtagsabgeordneter Dr. Bohner und Stadtvorordneter Dürre. Gäste willkommen!

Deutsche Demokratische Partei Magdeburg. Parteilisten! Wir bitten dringend um Benennung des Handbuchs unseres Vorhanges, Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Bohner, vom 17. Februar. Es wäre uns sehr erwünscht, wenn die Antwort als spätestens kommenden Mittwoch einging, da Herr Dr. Bohner an diesem Tage eine Durchsicht vorzunehmen gedenkt. Niemand verzögere die Antwort!

Bezirksratung. Wir machen unsere Vertrauensmänner schon heute da auf aufmerksam, daß am Sonntag den 20. und Sonntag den 21. März in Magdeburg eine größere Tagung stattfindet, die sich mit Stadt- und Beamtenfragen, sowie mit der neuen Kreislichen Städte- und Landgemeindeordnung beschäftigen wird. Unsere Vertrauensmänner bitten wir, bei allen passenden Gelegenheiten auf diese Tagung zu verweisen. Sämtliche in der Kommunalverwaltung, auch ehrenamtlich tätigen Parteilisten müssen an dieser Tagung teilnehmen.

In die Jungdemokraten Mitteldeutschland und Freunde demokratischer Weltanschauung!

Wir rufen Euch auf zur **Vorbandstzung am 13. und 14. März 1925** in Magdeburg.

Aus dem inhaltreichen Tagungsplan seien besonders die Veden des Reichstagsabgeordneten Prof. Bergsträßer und der Jungdemokraten Hans Werner Götting-Berlin und Waldemar Krause-Greif hervorgehoben. Anmeldungen und Anfragen sind an Ernst Fischer-Magdeburg, Bismarckstr. 38, zu richten. Von dieser Stelle wird Näheres über die Tagung bekanntgegeben.

Landesverband Mitteldeutschland Deutscher Demokratischer Jugend.

Die Stadtteilgruppe Subenburg veranstaltet am Donnerstag den 25. Februar abends 8 Uhr im „Goldenen Löwen“ ihre Saalversammlung. Mit der Führung der Gruppe wurde Herr Richard Winter und als sein Stellvertreter Herr Behrer-Scharffenstein betraut. Die übrigen Vorstandsmitglieder der Stadtteilgruppe wurden wiedergewählt, bescheiden die Mitglieder in den zweitbesten Vorstand der Ortsgruppe Magdeburg. Herr Landtagsabgeordneter Med. Rat Dr. Matthias Zernburg sprach in begeisterter Rede über „Demokratie und Aufbau“. Der Vortragende wies auf die fähigsten und bewegten Zeiten hin, die nach dem Zusammenbruch für die Republik eintraten und betonte nachdrücklich, daß das Werk von Weimar nicht mehr befristet werden könnte. Der Gedanke zur Demokratie und zur Republik verankere sich immer fester, so daß weite Kreise sich ihrer Pflicht gegenüber dem jungen Staat bewußt werden. Diese Pflichten bedeuten für den nationalen bewußten Staatsbürger Mitarbeit an dem Aufbau unseres lieben Vaterlandes. Selbstverständlich könnte

man in Einzelfragen eine abweichende Meinung haben, das sei aber noch lange kein Grund, absteigen zu stehen und alles zu verdammen. Man sollte das Gute in der Republik anerkennen und das Schlechte beseitigen und an dessen Stelle etwas Besseres setzen. Ein pflichtbewusstes, auf dem Boden der Republik stehendes Beamtentum sei unbedingt nötig. Der Eid auf die Verfassung bedeute, der Republik zu dienen. Mit einem harten lokalen Vorkennnis für die scheidenden Stände in Stadt und Land schloß Redner seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen. — Herr Stadtd. Dürre sprach über künftige Angelegenheiten, wobei er besonders auf die kommunalpolitische Tagung der demokratischen Partei in Berlin hinwies. Die neue Städteordnung wie sie heute zur Beratung stehe, widerspricht stark dem Geist der Selbstverwaltung. Nach Ansätz bedeutender Kommunalpolitiker bedeute der vorgelegte Entwurf in mancher Hinsicht eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand. Redner behandelte alsbald eingehend den künftigen Etat, der etwa 67 Millionen Mark betragen dürfte. Das bedeute eine Erhöhung um etwa 12-15 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr. Am Schluß seiner Ausführungen ging der Redner auf die von reichstehender Seite gestellten Anfragen betr. politische Betätigung der Beamten ein und gab der Versammlung einen Bericht über die von Herrn Stadtd. Schüler in einer demokratischen Versammlung gemachten Vorkerungen. Die Versammlung billigte die Haltung des Herrn Schüler und insbesondere die Stellungnahme der demokratischen Rathausfraktion. An die Kasse trat schloß sich eine längere Ansprache.

Kreisrat der Deutschnationalen. Die Deutschnationale Volkspartei hat am Dienstag den 2. März zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, in der Bürgermeister Reichstagsabgeordneter Rieseberg-Quedlinburg über Handwerkerfragen sprechen wollte. Die Versammlung konnte erst gegen 10 Uhr beginnen, weil die Handwerksmeister, die durch die Innungsreform offiziell zu dieser Versammlung eingeladen waren, ausblieben. Herr Rieseberg hielt eine feiner bekannten Rede und Vorkerungen. Er schimpfte über alles, über die „Minister- und Kanzler-Inflation“. Die verantwortlichen Stellen in Berlin sind nach seiner Meinung unfähig, das deutsche Volk zu regieren; fähig sind nur die Deutschnationalen. Recht eigenartig mutete es an, daß Herr Rieseberg den Versuch unternahm, für den früheren Reichsminister, Herrn Schiele, eine Lanze zu brechen für den Gehalt des Herrn, der seine Ministerposition den Kriegssünden überwiegen hat. Die Handwerksmeister haben wirklich nichts verstanden, indem sie dieser Versammlung demokratisch fernblieben. Die Deutschnationale Meute ist ein gutes Zeichen für das Erwachen in den Kreisen der Handwerksmeister. Diese haben, wenn auch zu spät, die negative Politik der Deutschnationalen durchschaut. Man muß sich in den Kreisen der deutschnationalen Größen einmischen. — Herr Studentrat Martowsky fuhr mit schärfem Geißel auf, indem er sich über die Republik und deren Minister löste machte. Das kann dieser treue „Vaterlandsbesitzer“, denn die dubiose Republik ist gegen solche Vorkerungen nachgiebig genug.

Zerst. Hier wurde eine Ortsgruppe der Demokratischen Jugend gegründet. Lehrerin M. Kopp rasch kennzeichnete den Zweck und das Wesen der Jugenddemokratie. Vorsitzende der D. D. P. wurden von dem 1. Vorsitzenden, Herrn Lehrer Gebbert die besten Wünsche für Verlauf und Erfolg des Abends überbracht und die Jugend ermahnt, stets ein verantwortungsbewusstes Leben gegenüber dem Staat wie dem Volke zu führen. Die Jungdemokraten Ernst Fischer-Magdeburg und Fritz Brauch-Bistola sprachen über Organisation, Gruppenleben und gemeinsame Wanderfahrten. Mit großem Interesse wurde die Ausführungen des Freundes Fischer über die bevorstehende Verbandstzung aufgenommen. Eine stattliche Zahl Teilnehmer schloß sich der Ortsgruppe an. Den vorläufigen Vorsitz führt Lehrerin Marg. Koppstraß, Bahnhofsstr. 41.

Bezirk Halle.

Ein Brief für die Frauwelt. Dr. Helene Lange, die auf dem Parteitag in Breslau, Dezember 1925, zur Ehrenvorsitzenden der D. D. P. ernannt wurde, schreibt in ihrer Antwort: sie fühle sich mit ihrem ganzen Lebenswert den Ideen der Demokratie so verbunden, daß

Zur Beitragseinzahlung.

Unsere Boten kaffieren jetzt den Mitgliedsbeitrag für das laufende Jahr. Der Mindestbeitrag ist auf 6 Mk. jährlich festgesetzt. Dieser Beitrag kann nach Wahl auch in halbjährlichen oder vierteljährlichen Raten gezahlt werden. Wir bitten, die betreffenden Beiträge bereitzustellen.

Der Vorstand der Ortsgruppe Halle.

Die Erinnerung an eine Auerkennung des Kerns und Sinnes ihrer Lebensarbeit mit dankbarer Freude annimmt. Sie fährt dann fort: „Die Entwicklung der Frau zur selbstbestimmenden Persönlichkeit, zur gleichberechtigten und gleichberechtigten Staatsbürgerin, für deren Verwirklichung ich meine Lebensarbeit eingesetzt habe, ist für mich die Konsequenz der demokratischen Idee gewesen, die stets meine politische Weltanschauung bestimmt hat. Ich habe es nie verkehren können, daß Frauen, die dieser Idee ihre politische Betätigung verdanken, sich ihr nicht in gleicher Weise

verpflichtet fühlen. Für alle Frauen, die bewußt für das Ziel ihrer Gleichberechtigung in Bildung, Beruf und Staatsleben gearbeitet haben, ergeht es mir als ein Gefühl und eine Entlohnung, wenn sie nun nicht als Recht, das sie für sich erkämpft haben, grundsätzlich alle anderen Mitbürgerinnen zugutekommen. Das heute selbst Frauen die der Frauenbewegung innerlich angehören, aus Klatsch und bösen und gewalttätigen Vorkerungen die Demokratie aufzubauen, nicht nur aus der Wirkung der nationalen Zusammenbruchs und des wirtschaftlichen Drucks erklärlich. Ich bin fest überzeugt, daß mit der Überwindung dieses Drucks, mit der Festigung unserer Staatslebens und dem Wiedererlangen der Kraft unsere Völker auch die Frauen zu der Führling kommen werden, daß der Boden der demokratischen Ideen allein ihre neu erlangenen Rechte trägt und gewährleistet. Ich bin überzeugt, daß die Jugend noch einmal die fähigste Größe dieser Ideen und ihre Bedeutung für die Weltung und die Weltung, die gebundenen nationalen Kräfte erkennen und den Geist der Weimarer Verfassung als einen Geist nationaler Weimarer geistigen lernen wird. Dann wird die vollkommene innere Einheit des Wesens der Frauenbewegung mit den Wesen der Demokratie verstanden werden. Diesem Ziel hoffe ich in enger Verbundenheit mit der Demokratischen Partei noch dienen zu können.“

Ein Prozeß gegen den Stahlhelm. In Magdeburg verhandelte am letzten Montag das erweiterte Schöffengericht gegen den politischen Redakteur der Wochenzeitschrift „Der Stahlhelm“ Georg Derbinger wegen übler Nachrede. Außerdem war angeklagt der Eisenbahnangehörige Friedrich Boegelin-Düffeldorf. Nach Angabe des Angeklagten Boegelin sollte Regierungspräsident Grüner eine Aufforderung, als Entlastungszeuge vor einem französischen Kriegsgericht zu erscheinen, mit dem Bemerkung abgelehnt haben, für Nationalisten lege er kein Zeugnis ab. Die Angeklagten konnten einen Beweis für ihre Anschuldigungen nicht erbringen. Auf Vorstoß des Gerichtsvorstandes kam folgender Vergleich zustande:

Die Angeklagten haben sich überzeugt, daß der Regierungspräsident Grüner weder zum französischen Vorkerger, noch zu Rechtsanwalt Groß (Düffeldorf) gehört hat; für Nationalisten erweise er nicht vor einem französischen Kriegsgericht als Entlastungszeuge.“ Sie sind damit einverstanden, daß diese Erklärung in der Stahlhelmszeitung auf der ersten Seite einmal veröffentlicht wird. Regierungspräsident Grüner erklärt hierzu: „Ich habe mich durch die Beweisaufnahme überzeugt, daß die Angeklagten die vorliegende Verurteilung nicht aus Nachdruck oder niedrigen Motiven aufgestellt haben.“ Die Kosten des Prozesses tragen die Angeklagten.

Deutsche Friedensgesellschaft e. V., Ortsgruppe Halle a. S. Am 26. Februar d. J. fand im Restaurant „St. Nikolaus“ eine fast besetzte außerordentliche Mitgliederversammlung der D. F. G. Ortsgruppe Halle a. S., statt. Anstelle des zurückgetretenen bisherigen ersten Vorsitzenden wurde Herr Alwin Kleinig gewählt. Die früheren Vorsitzenden, Frau Freda Marie Gräfin zu Dohna, die behutsam ihre weite, hielt alsbald ein Referat als Vorreiter für den allgemeinen Volkstrauertag. Sie gedachte des verstorbenen ersten Reichspräsidenten und vor allem der hunderte deutscher Kriegssopfer und wies dann in interessanten Ausführungen auf die Ethik der Friedensidee hin. Rednerin zeigte an Hand von Bibelworten, wie irrig es ist, einzelne aus dem Zusammenhang herausgerissene Aussprüche als Verherrlichung und Heiligpreisung des Krieges zu benutzen. Immer wieder muß betont werden, daß es nur zwei Möglichkeiten gibt: ein vereinigtes Europa oder der Untergang des ganzen Erdteiles. Krönungen für die Nichtigkeit dieses Gedankens sind Männer wie Kant, Moell, Romain Rolland usw. Sogar Napoleon hat erkannt, daß nach dem Zusammenbruch der Dynastien unbedingt nur ein vereinigtes Europa möglich ist. Die geistvollen Ausführungen fanden bei allen Anwesenden dankbaren Anhang.

Das Reichsbanner und ein Volkstrauertag. Die Friedensverbände und ein harter Zug Volksmannschaften des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Halle a. S. zogen am Sonntag vormittag zum Grottraubendriedhof, um anlässlich des allgemeinen Volkstrauertages die Gefallenen durch Niederlegung eines Kranzes, der mit einer Schleife in den Reichsfarben geschmückt war, zu ehren. Bei gesunkenen Fahnen wurde in einer Ansprache der für die Freiheit des deutschen Volkes gefallenen Helden gedacht. Aber auch die Wärtner der Republik, die für das Wohl des deutschen Volkes und für ihre Überzeugung ihr Leben ließen, wurden am Volkstrauertag nicht vergessen. Den Toten galt der Eid: Deutsche Republik, wir schwören, letzter Tropfen Blut soll Dir gehören! — Starken inneren Widerhall fanden die eindrucksvollen Worte bei den Zuhörern. Alsdann bewegte sich der Zug stadtwärts. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold lehnte es ab, die Reiche und den Ernst des Volkstrauertages durch Musik oder Trommelklang zu fördern, mit dem andere Verbände die Straßen erfüllten.

Deutsch-Deutscher Frauenklub Halle a. S. **Donnerstag den 11. März abends 8 1/2 Uhr** findet im Restaurant „St. Nikolaus“ ein Vortrag von Frau Margarete Peters über: „Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Entwurf zur Befähigung der Schmutz- und Schmutzliteratur in der Jugendfürsorge.“ Inhalt. Unsere Mitglieder sind herzlich dazu eingeladen. Gäste willkommen.

Juni Ober-Regierungsstat ist Herr Regierungsstat Emil Saube an der Regierung in Merseburg ernannt worden.

Juni Polizei-Rat wurde Herr Polizei-Oberinspektor Wilhelm Seidel befördert.

